

Strategien gegen den Terror

Unterschiedliche Handlungsperspektiven in den USA
und in Deutschland

von Dirk Nabers

Seit dem 11. September 2001, so ist häufig zu hören, habe sich die Welt grundlegend verändert; die globale Sicherheitsordnung sei in ihren Grundfesten erschüttert, die nach dem Ende des Kalten Krieges möglich erscheinende Chance auf Frieden vergeben. In der Tat ist in der internationalen Politik heute nichts mehr so, wie es noch vor einem Jahr gewesen ist. Doch scheinen es nicht so sehr die terroristischen Anschläge, sondern die Reaktion der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zu sein, die die Koordinaten der globalen Sicherheitsarchitektur auf lange Sicht verändert haben. Immer wieder wurde schon vor dem 11. September von wissenschaftlicher Seite darauf hingewiesen, dass Terroranschläge von gewaltigen Ausmaßen zu den „neuen“ Bedrohungen gehören, denen sich die Menschheit gegenüber sieht; wiederholt wurde die Gefahr einer Konfrontation zwischen Islam und westlicher Welt beschworen und ein „Dialog der Kulturen“ angemahnt.

Sozialwissenschaftler unterschiedlicher Provenienz waren daher in der

Lage, in relativ kurzer Zeit präzise Analysen der Ereignisse vom 11. September zu liefern; in den USA wie in Europa wurden bereits ein halbes Jahr nach den Terroranschlägen die ersten umfassenden Studien vorgelegt. Sie haben eines gemeinsam: die Forderung, eine globale Sicherheitsarchitektur zu entwerfen, die diesen Namen auch verdient. Allein die Mittel, die zur Schaffung des ersehnten Friedens eingesetzt werden sollen, unterscheiden sich je nach Perspektive erheblich. Während in den USA häufig noch eine affirmative Haltung gegenüber Washingtons Antiterrorismus-Strategie zu dominieren scheint, zeigt sich Europa bei allen Solidaritätsbeteuerungen skeptisch und zurückhaltend – und wie die Politik rea-

giert offensichtlich auch die Wissenschaft.

Wer den in wissenschaftlicher Vortrefflichkeit dargebotenen Kontrast sucht, findet ihn in den folgenden zwei Büchern: Da ist auf der einen Seite die von dem ehemaligen stellvertretenden Verteidigungsminister der USA und jetzigen Direktor des Washingtoner CSIS-Sicherheitsinstituts, Kurt M. *Campbell*, und seiner Kolle-



Welche Mittel greifen
im Krieg gegen den
Terror?

gin Michèle *Flournoy* vorgelegte Studie, auf der anderen Seite der von der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik präsentierte Sammelband.

Das Buch von *Campbell* und *Flournoy* ist die breiteste Studie, die zu diesem Thema im ersten halben Jahr nach den Anschlägen auf die USA publiziert wurde. Im Mittelpunkt steht hier die militärische Kampagne gegen den Terrorismus. Die Bildung internationaler Koalitionen, der Ausbau der NATO zu einem globalen Interventionsmechanismus, die Verteidigung Amerikas gegen feindliche Angriffe und das Verhindern jeglicher Möglichkeiten für neue Anschläge bilden das Gerüst des Buches. Vor dem 11. September, so die Prämisse der Autoren, sah Washington die größte Bedrohung für die nationale Sicherheit in potenziellen Angriffen aufstrebender Mächte wie China; alles schien sich um ein weltraumgesteuertes Raketenabwehrsystem zu drehen. Nun hingegen gehe die größte Gefahr von amerikanischem Boden aus: die Kontaminierung von Trinkwasser, das Versenden von Briefbomben oder gefährlicher biologischer und chemischer Substanzen sowie Flugzeugentführungen stehen auf der Agenda des transnational agierenden Terrorismus.

Was bedeutet diese Erkenntnis für die Zwecke und Inhalte der amerikanischen Militärstrategie? Verfügen die Streitkräfte des Landes über die notwendigen materiellen Mittel, um sich dem langwierigen Kampf zu stellen? Und, besonders bedeutsam nach den augenscheinlich chirurgisch

sauberen Militärkampagnen im Golf-Krieg, in Bosnien und in Kosovo: Ist Amerika auf das Opfern von Menschenleben zur Wahrung von Frieden und Prosperität in der westlichen Welt vorbereitet? Dies sind die Fragen, die von den Autoren abgehandelt werden.

Ihre Antworten sind eindeutig. Der internationale Terrorismus habe eine explizit religiöse Gestalt angenommen; da er sein Gesicht nicht zeige und seine politischen Ziele nicht offen lege, seien Verhandlungen ausgeschlossen. Alleinigiger Zweck der terroristischen Handlungen sei es, maximale Zerstörung anzurichten. Daher müsse sich die westliche Staatengemeinschaft dem Kampf stellen und ihn gewinnen. Niemals könne der Terrorismus komplett besiegt werden, doch die von ihm ausgehenden Risiken seien erheblich zu minimieren. Dem Netzwerk des Terrorismus sei durch ein internationales Netzwerk der westlichen Staatenwelt zu begegnen. Insgesamt gehe es nicht um die Frage, ob ein militärisches Vorgehen Sinn hat, sondern darum, dieses Vorgehen möglichst effizient zu gestalten – so lautet die zentrale Botschaft an die Welt.

Insgesamt ist die Studie „To Prevail“ eine gelungene Mischung aus politikwissenschaftlicher Analyse, politischem Journalismus und Politikberatung. Es ist nicht zuletzt wegen des umfassenden Dokumentenanhangs mit wichtigen Reden von Politikern aus den USA und Europa sowie einer Zusammenstellung der bedeutendsten transnational agierenden Terroristengruppen lesenswert

und als Grundlage eines Seminars über die internationale Sicherheitspolitik seit dem 11. September gut geeignet. Derartige Bücher sind in Europa selten, zumal in Deutschland, wo die Politikwissenschaft oft von einer regelrechten Distanz zur praktischen Politik geprägt ist.

Eine Ausnahme bildet hier der jüngst von Dieter S. Lutz und anderen herausgegebene Band zur Zukunft der internationalen Sicherheitspolitik. Die Fragen, die Campbell und Flournoy in ihrem Buch nicht aufwerfen, bilden den Ausgangspunkt dieses Bandes, der einen inspirierenden Kontrast zu der amerikanischen Studie darstellt. Indem die Kampagne als „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ bezeichnet wird, riskiere die Regierung in Washington, gegen ein Medium ankämpfen zu müssen und nicht gegen Menschen, Ideologien und religiöse Hetzpropaganda, so der Tenor des Buches.

Den Auftakt bildet die grundsätzliche Frage von Sebastian Scheerer, ob sich der Terrorismus besiegen lässt, oder ob er etwa eine Chance hat zu siegen. In mitunter sehr kritischer Manier sollen dem Leser die Augen geöffnet werden für die Perspektive, aus der heraus amerikanische Verteidigungspolitik heute betrieben wird: Die Epoche konkurrenzloser amerikanischer Vorherrschaft in ökonomischer wie militärischer Hinsicht bedeute letztlich, dass die Vereinigten Staaten jeden beliebigen Krieg führen könnten, anderen Ländern dieses Mittel umgekehrt aber nicht zur Verfügung stehe. Da die klassische zwischenstaatliche Kriegführung als Mit-

tel der Bekämpfung der amerikanischen Hegemonie wegfallen, werde zunehmend zu den Mitteln des Terrorismus gegriffen. Schließlich sei das eingetreten, was der zu Unrecht gescholtene Samuel P. Huntington bereits frühzeitig als „Kampf der Kulturen“ bezeichnet habe.

Die Anschläge vom 11. September 2001, so auch Lutz in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Tenor des Buches, sei keineswegs unerwartet gekommen. Die globale Sicherheitsordnung sei völlig ineffizient, fragmentiert und überrüstet, so der Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Die modernen Gesellschaften der westlichen Welt seien weder technisch noch militärisch zu schützen; allein präventive Diplomatie und die Anwendung des Völkerrechts könnten die Welt nachhaltig stabilisieren. Eine neue Sicherheitsordnung verlange die Berücksichtigung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs, der auch Probleme wie Hunger, Massenarmut oder Umweltverschmutzung umfasst. Die derzeitige Politik der westlichen Allianz führe zu nichts anderem als einer weiteren Polarisierung von Arm und Reich und letztlich zu „einem verzweifelten Kampf der Schwachen um ihr Überleben mit den Mitteln der Schwachen, dem Terror.“ (S. 35).

Was ist also zu tun, wenn nicht dem Vorschlag von Campbell und Flournoy gefolgt werden soll, der da lautet, die globale Sicherheitspolitik langfristig an den durch den transnationalen Terrorismus gesetzten Koordinaten auszurichten und ihm überwiegend

mit militärischen Mitteln zu begegnen? Auch auf diese Frage hält das Buch alternative Antworten bereit. Norman *Paech* liefert in seinem Beitrag eine kritische Analyse des modernen Völkerrechts, seiner Möglichkeiten und Grenzen. Auf plausible Art und Weise zeigt er, dass die Ablösung militärischer Mittel durch eine internationale Strafgerichtsbarkeit einen entscheidenden Fortschritt bei der zivilisierten Konfliktlösung darstellen kann. In ebenso überzeugender Weise bringt Udo *Steinbach*, der Leiter des Deutschen Orient-Instituts, dem Leser die vielfältigen politischen und sozialen Probleme der islamischen Welt näher. Auch dem Westen müsse an Gerechtigkeit und Partnerschaftlichkeit gelegen sein, denn nur wenn aus einem „Zusammenprall der Kulturen“ ein Dialog der Kulturen wird, sei langfristig Frieden zu sichern.

Natürlich kann man in diesem Aufruf eine Art von naivem Imperativ sehen, doch das Buch liefert in jeglicher Hinsicht mehr: Kritische Denkanstöße verbinden sich hier mit faktenkundiger Analyse, ein gehöriges Maß an Pazifismus steht neben einem ausgeprägten Sinn für die Realitäten der heutigen internationalen Politik. Im Zusammenhang gelesen, ergeben beide Bücher eine faszinierende Symbiose.

Kurt M. Campbell und Michèle A. Flournoy, *To Prevail. An American Strategy for the Campaign Against Terrorism*, Washington D.C.: CSIS 2001, 416 S., 18,95 \$.

Dieter S. Lutz, Norman Peach, Sebastian Scheerer u.a., *Zukunft des Terrorismus und des Friedens. Menschenrechte – Gewalt – Offene Gesellschaft*, Hamburg: VSA-Verlag 2002, 124 S., 11,70 EUR.

Das neue Russland

IRIS KEMPE

Hans-Hermann Höhmann/Hans-Henning Schröder (Hrsg.), *Russland unter neuer Führung: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Münster: Agenda Verlag 2001, 335 S., 18,41 EUR.

Die politische Entwicklung nach dem 11. September hat verdeutlicht, dass Russland ein unverzichtbarer Partner für den Westen ist. Präsident Wladimir *Putin* erklärte die Solidarität seines Landes mit Amerika und unterstrich in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag das Ende des Kalten Krieges. Russland ist Teil der westlichen Koalition im Kampf gegen den Terrorismus. Mit dieser Haltung überraschte *Putin* die westliche Welt, für die Russland Partner, aber auf Grund unzureichender Transformationserfolge auch ein Risiko ist. Nachhaltige Partnerschaft mit einem Land, das sich in einem fundamentalen Transformationsprozess befindet, setzt Wissen über den Partner voraus. Deshalb haben sich die beiden Herausgeber des Sammelbands „Russland unter neuer Führung“, Hans-Hermann *Höhmann* und Hans-Henning *Schröder*, die Aufgabe gestellt, die aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage des Landes näher zu beleuchten. Dazu konnten sie rund 25 überwiegend deutsche Experten gewinnen; diese gehen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Leitfrage nach, ob es unter der Führung *Putins* gelingen kann, die Transformation Russlands erfolgreich fortzusetzen.

Bereits im einführenden Teil über landeskundliche Grundlagen und

historisches Erbe wird deutlich, dass die Transformation in Russland noch nicht sehr weit gediegen ist. So werden etwa berechtigte Zweifel geäußert, ob der patriotisch-nationale Konsens zu einer reformorientierten politischen Einigung führen wird. Diese Bedenken bestätigen sich bereits im zweiten Kapitel, das sich mit der politischen Situation beschäftigt. Wenn Lilia Schewzowa von einer „Wahlmonarchie“ spricht und Margareta Mommson von „Superpräsidentialismus“, kann noch nicht von einer Demokratie nach westlichem Vorbild ausgegangen werden.

In weiteren Beiträgen werden die Voraussetzungen für die Konsolidierung der Demokratie skizziert. Von Bedeutung sind hierfür sowohl die Rolle einflussreicher Lobbygruppen und die Stärkung der Parteiendemokratie als auch ein funktionsfähiger Föderalismus, der nach Recht und Gesetz handelnde Regionalverwaltungen einschließt, sowie unabhängige Medien. Den Analysen über die Außenpolitik zufolge war das Verhalten *Putins* nach dem 11. September keine Selbstverständlichkeit. Allzu sehr ringen die Eliten um Konzepte im Spannungsfeld zwischen nationalem Glanz und Gloria der früheren Sowjetunion und dem Streben nach wirtschaftlicher Kooperation mit dem Westen.

Im dritten Teil, der sich mit der Wirtschaft befasst, wird die schwierige Lage zwischen Marktwirtschaft und staatlichem Interventionismus deutlich. Das sowjetische Erbe kultureller und struktureller Faktoren erweist sich als Hindernis für die öko-

nomische Umgestaltung des Landes. Wie die Autoren schlussfolgern, wurde in den bisherigen Reformbemühungen die Rolle von Institutionen vernachlässigt. Die wirtschaftlichen Ansätze von *Putin* und seinem Wirtschaftsminister German *Gref* sind zu technokratisch, um den erforderlichen institutionellen und strukturellen Wandel herbeizuführen. So lange dieser nicht gelingt, ist Russland zwar ein wichtiger Energielieferant für den Westen, aber kein gleichwertiger Wirtschaftspartner.

Mit dem soziologischen Wandel seit 1990 beschäftigt sich der vierte Teil des Buches. Alexander *Tschepurenko* dokumentiert anhand von Einstellungsbefragungen die durchaus positive Haltung der russischen Gesellschaft gegenüber Demokratie und Marktwirtschaft; das Fehlen einer aktiven Mittelschicht wird dagegen als Reformhemmnis eingeschätzt. Die Beiträge zu gesellschaftlichen Fragen wie Kultur, Kirche und Medien verdeutlichen sowohl die wichtige Rolle der Gesellschaft in der Transformation als auch die vorhandenen Defizite der Gesellschaftspolitik.

Im Anhang des Buches findet der Leser eine Vielzahl von nützlichen Angaben, beispielsweise eine Chronologie der russischen Transformation, Wirtschafts- und Strukturdaten, Adressen im Internet, Kurzbiografien russischer Entscheidungsträger und Hinweise auf weiterführende Literatur. Letztere fallen allerdings recht knapp aus und hätten beispielsweise durch den Verweis auf einen bereits gehaltenen Vortrag vervollständigt werden können.

Die Analysen verdeutlichen graduelle Fortschritte bei *Putins* Bemühungen, die Transformation erfolgreich fortzusetzen. Allerdings überwiegen letztlich die kritischen Stimmen der Autoren; dies ist gut so und macht den Sammelband interessant. Einerseits verdeutlicht er, dass die russische Unterstützung der Antiterrorcoalition keinesfalls selbstverständlich war; andererseits zeigt er auf, mit welchen Herausforderungen der Westen beim Aufbau einer nachhaltigen Partnerschaft mit Russland rechnen muss.

Zum Glück begehen die Herausgeber nicht den Fehler, sich gemäß dem Titel ausschließlich auf die Führung und somit auf *Putin* zu konzentrieren. Vielmehr liegt der Nutzen in der Vielfalt. So erstrecken sich die Beiträge inhaltlich von Kirche und Religion über Korruption und organisierte Kriminalität bis hin zu Internet und E-Commerce. Die Vielzahl kurzer Beiträge ermöglicht dem Leser, sich einen Überblick über Russland als Partner, aber auch über seine Schwierigkeiten bei der Transformation zu verschaffen. Neben der inhaltlichen Vielfalt bietet der Band auch Analysemuster und Erklärungsansätze. Die Beiträge erläutern Probleme und Zusammenhänge und lassen dabei weder den historischen Kontext außer Acht, noch blenden sie derzeitige Schwierigkeiten aus. Auch wenn die Qualität der einzelnen Beiträge mitunter schwankt, ist es den Herausgebern mit diesem Band dennoch gelungen, eine Lücke auf dem deutschen Buchmarkt zu schließen und die aktuelle Lage Russlands einem breiten Leserkreis verständlich zu machen.

US-Außenpolitik verstehen

STEPHAN BIERLING

Alexander DeConde/Richard Dean Burns/Fredrik Logevall (Hrsg.), *Encyclopedia of American Foreign Policy*, New York u.a.: Charles Scribner's Sons 2002, 3 Bde., 1888 S., 350,00 \$.

Enzyklopädien zur Außenpolitik kann man auf zweifache Weise gestalten: Man kann, wie die 1997 erschienene vierbändige „*Encyclopedia of U.S. Foreign Relations*“, dem Leser in über 1000 Einträgen möglichst zahlreiche Ansatzpunkte für seine Suche bieten. Oder man kann, wie dies die vorliegenden drei Bände der „*Encyclopedia of American Foreign Policy*“ auf fast 2000 Seiten tun, auf das Sammeln möglichst vieler kleiner Informationen verzichten und sich auf eine Zusammenstellung ausführlicher Essays zu den zentralen Problemen der Außenpolitik konzentrieren.

DeConde, *Burns* und *Logevall* haben ihre Bände nach dem zweiten Prinzip organisiert. So werden zum Beispiel Monroe- und Eisenhower-Doktrin nicht jeweils für sich analysiert, sondern gemeinsam mit anderen unter den Stichwort „Doktrinen“. Auch verzichten die Herausgeber auf die Aufnahme von Personen, spezifischen Konflikten oder Verträgen (Ausnahme: Civil War und Vietnam War) zugunsten umfassender Beiträge. Neben Essays zu den „klassischen“ Themen wie Balance of Power und Isolationism finden sich vor allem Artikel zu „modernen“ Begriffen wie Gender, Globalization und Race and Ethnicity.

Insgesamt erklären die Verfasser in 121 Aufsätzen, die jeweils 10 bis 20

zweispaltige Seiten umfassen, die Konzepte, Ideen, Tendenzen, Inhalte sowie die wichtigsten politischen und wissenschaftlichen Kontroversen der amerikanischen Außenpolitik seit Gründung der USA. An jeden Beitrag schließt sich eine ausführliche Bibliografie an, die sich nicht nur auf dem neuesten Stand befindet, sondern auch auf Inhalt und Thesen des angeführten Buches bzw. Aufsatzes eingeht – was auch und gerade in Zeiten der elektronischen Literaturrecherche überaus hilfreich ist. Zur Auflockerung und Vertiefung haben die meisten Autoren in ihre Essays Originaldokumente oder Kommentare von Dritten in Kästen eingefügt. Im ersten Band findet sich außerdem eine ausführliche Chronologie zur amerikanischen Außenpolitik; hervorzuheben sind schließlich die sorgfältige Bearbeitung und die repräsentative Aufmachung des Mammutwerks.

Die *Encyclopedia of American Foreign Policy* ist ein großer Wurf. Nicht nur Universitäten und Forschungseinrichtungen werden von ihr profitieren, sondern auch Praktiker, die tiefer graben wollen, als dies im hektischen Tagesgeschäft meist geschehen kann. Für Vorlesungen und Seminare zur amerikanischen Außenpolitik dürfte sich die Enzyklopädie schnell als unverzichtbar erweisen, kann man doch aus den Aufsätzen eine Art individuellen Reader für die Studenten zusammenstellen. Doch Vorsicht: Immer wieder erliegt man beim Durchblättern der Versuchung, sich an einem Artikel fest zu lesen oder einem Querverweis zu einem anderen Beitrag zu folgen. Ein schöneres Kom-

pliment kann man einer Enzyklopädie freilich nicht machen.

Die Sicherheit Europas

JOHANNES VARWICK

Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.), *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven.* Mit einem Vorwort von Eckhard Lübckemeier, Baden-Baden: Nomos 2002, 320 S., 40,00 EUR.

Auch wenn die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) trotz enormer Fortschritte im Jahre drei nach ihrer Ausrufung auf dem Kölner EU-Ratstreffen in der politischen Realität noch hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt, ist sie bereits zu einem beliebten politikwissenschaftlichen Untersuchungsfeld geworden. Eine Fülle an Publikationen liefert hierfür Belege. Gleichwohl wird der umfangreiche Bestand an deutscher und internationaler Fachliteratur durch den von dem Hamburger Politikwissenschaftler Hans-Georg Ehrhart herausgegebenen Sammelband ebenso sinn- wie gehaltvoll ergänzt.

In elf deutsch- und 13 englischsprachigen Beiträgen von internationalen Experten wird ein differenziertes Bild des jüngsten EU-Integrationsprojekts gezeichnet, das die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) ergänzen und deren internationale Rolle stärken soll. Neben dem Vorwort des Referatsleiters ESVP im Auswärtigen Amt, Eckhard Lübckemeier, und dem einleitenden Problemaufriss des Herausgebers gliedert sich der gut kom-

ponierte Band in drei große Abschnitte.

Die ersten beiden Abschnitte, die knapp ein Drittel des Bandes ausmachen, gehen akteursorientiert vor, indem sie nationalstaatliche Positionen in den Blick nehmen. Zunächst werden die Positionen zentraler bzw. repräsentativer europäischer Staaten zur ESVP analysiert. Neben Abhandlungen über die drei zentralen EU-Mächte (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) werden die ESVP-Politiken eines kleineren, traditionell atlantisch orientierten (Niederlande) und eines neutralen EU-Staates (Schweden) analysiert. Ergänzt wird die europäische Sichtweise durch die Berücksichtigung der drei jüngsten NATO-Staaten und künftigen EU-Mitglieder Polen, Tschechische Republik und Ungarn. Dann werden die Einstellungen derjenigen Staaten vorgestellt, die entweder geographisch außerhalb Europas liegen (Kanada, China, Indien, Japan, USA), oder aber auf absehbare Zeit kein Mitglied der EU werden dürften (Russland, Türkei). Sie alle haben aber Einfluss auf die Zukunft der europäischen Sicherheitspolitik. Dies ist im Falle Russlands, der USA und der Türkei offensichtlich, und deren Positionen und Strategien sind in der wissenschaftlichen Debatte auch bereits vergleichsweise gut aufgearbeitet. Insbesondere in der Zusammenschau aus chinesischen, indischen und japanischen Positionen zur ESVP finden sich interessante neue Einblicke, die zudem vor der Gefahr einer rein eurozentristischen Sichtweise bewahren. Aber auch die Analyse einiger der gegen-

wärtigen und künftigen EU-Mitglieder zeigt, dass sich zwar die grundsätzlichen Einstellungen zur ESVP bemerkenswert angenähert haben, dass dies aber weniger für die dahinter liegenden Motive gilt und somit die Basis für gemeinsame Lösungen erst noch stabilisiert werden muss.

Im dritten Abschnitt widmen sich sieben Beiträge einigen strukturellen und konzeptionellen Problemen. Diese reichen von grundsätzlichen Aspekten wie der Problematik, ob die ESVP ohne eine verbesserte GASP praktikabel ist, über das sicherheitspolitische Rollenverständnis der „kooperativen Friedensmacht EU“ bis hin zu politischen und geostrategischen Aspekten europäischer Streitkräftestrukturen. Zwei Beiträge befassen sich mit dem transatlantischen Verhältnis (und kommen dabei zu ganz unterschiedlichen Schlussfolgerungen), je ein Beitrag geht auf die Auswirkungen auf andere Organisationen wie die OSZE und die Vereinten Nationen ein.

Die Mischung aus akteurs- und problemorientierter Betrachtung, die hohe Qualität der einzelnen Beiträge sowie die gelungene Gesamtkonzeption machen diesen Sammelband zu einem Standardwerk, das den sicherheitspolitischen Diskurs bereichern wird. Er ist zudem ein gelungenes Beispiel dafür, dass zumindest in der „scientific community“ sicherheitspolitischer Sachverstand mit demjenigen der Integrationsforscher kombinierbar ist und zu interessanten Ergebnissen führen kann – ein Beweis, der für die politische Praxis indes noch aussteht.